

Argumentationshilfen
Doppelter Abiturjahrgang 2012 in Baden-Württemberg

Die Fakten und ihre Quellen

- 1. Weitere 10 Bundesländer stellen zwischen 2007 und 2014 um, die meisten und größten zwischen 2011 und 2013 (Bayern, Niedersachsen 2011; Baden-Württemberg, Berlin, Bremen 2012; NRW, Hessen 2013)**

Quellen:

Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Nr. 182 – Mai 2007, S. 98

- 2. Diese Umstellung trifft genau mit den in den alten Ländern starken Schülerjahrgängen zusammen. Die letzten starken Jahrgänge werden 2020 ihr Studium aufnehmen.**

Quellen:

„Fächerspezifische Kostenstrukturen für Studienplätze nach Bundesländern. Materialien zum Studierendenhoch.“ Von Berthold, Gabriel, Meyer, von Stuckrad. Arbeitspapier Nr. 82 S. 15 des Centrum für Hochschulentwicklung CHE

- 3. In Baden-Württemberg werden im Jahr 2012 deutlich über 85.000 Studienberechtigte erwartet, das sind über 30.000 mehr als 2005, also eine Erhöhung um mehr als 60 %.**

Zu berücksichtigen ist, dass sich in den letzten 10 Jahren die Zahl der Studienanfänger mit ausländischer Staatsangehörigkeit und im Ausland erworbenem Abitur verdoppelt hat. Zuletzt hatten die Bildungsausländer einen Anteil von 21 % an den Studienanfängern im Land.

Quellen:

statistik AKTUELL, Hochschulen in Baden-Württemberg. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2006
PM der OECD vom 9.9.2008 zu „Education at a Glance“, S. 3 „Deutschland nach den USA und Großbritannien größtes Zielland für ausländische Studierende“

- 4. In Deutschland vertreten führende Politiker und Wirtschaftsinstitute die Meinung, dass wegen des demografischen Wandels und der sich wandelnden Anforderungen in der Wirtschaft die Studierquote deutlich erhöht werden sollte. Bundespräsident Köhler: „In Deutschland erwerben vergleichsweise wenig junge Menschen die Hochschulreife, und zu wenige schließen mit dem Studium ab. Andere Nationen wenden sich mit Begeisterung zu Wissensgesellschaften, in denen Lernen und Können als Auszeichnung gelten – Deutschland tut sich schwer damit.“ ... „Ich**

weiß um die schwierige Kassenlage der Länder, und ich kenne die Nöte der Haushaltspolitiker. Aber ohne ausreichende und effektive Bildungsausgaben wird der Weg zu gesunden Staatsausgaben noch schwieriger.“

Quellen:

Auszug aus der Berliner Rede von Bundespräsident Köhler am 21.9.2006

„Demografische Analyse und Strategieentwicklung in Unternehmen“ S. Adenauer, Institut für angewandte Arbeitswissenschaft e.V. Köln, 2005, in Einleitung S. 9 ff

PM der OECD vom 9.9.2008 zu „Education at a Glance“, S. 1 „Bedarf an Hochqualifizierten kaum zu decken“

- 5. In der Zeit von 2014 bis 2020 bleibt die Zahl der Studienberechtigten in Baden-Württemberg ziemlich konstant bei um die 60.000, liegt also weiterhin deutlich über den Zahlen von 2005, nämlich um rd. 20 % höher. Eine anzustrebende höhere Abiturientenquote ist hierin nicht berücksichtigt.**

Quellen:

Quellen: statistik AKTUELL, Hochschulen in Baden-Württemberg. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2006

„Fächerspezifische Kostenstrukturen für Studienplätze nach Bundesländern. Materialien zum Studierendenhoch.“ Von Berthold, Gabriel, Meyer, von Stuckrad. Arbeitspapier Nr. 82 S. 18 des Centrum für Hochschulentwicklung CHE

- 6. Die Ausbaupläne des Bundes „Hochschulpakt 2020“ sehen einen Ausbau der Studienplätze im Bund um 90.000 bis 2010 vor, wobei 50 % der Kosten vom Bund kommen (11.000 € für 4 Jahre) und der Rest vom Land bezahlt wird. Diese Zahl deckt aber nur die ohnehin steigenden Schüler/Abiturientenzahlen ab und nicht den Peak in den Jahren ab 2011 mit 2 Jahrgängen. Ausfinanziert ist der Hochschulpakt bis 2010 mit 1,13 Mrd. Euro, nach einer Berechnung des CHE würden bis zu diesem Zeitpunkt aber 2,2 Mrd. Euro benötigt. Der Hochschulpakt geht im übrigen von einer gegenüber 2000 konstant bleibenden Studierquote aus, berücksichtigt also nicht die gewünschte höhere Bildungsbeteiligung.**

Quellen:

Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 „Bekanntmachung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über den Hochschulpakt 2020

„Fächerspezifische Kostenstrukturen für Studienplätze nach Bundesländern. Materialien zum Studierendenhoch.“ Von Berthold, Gabriel, Meyer, von Stuckrad. Arbeitspapier Nr. 82 S. 10, 15 ff. des Centrum für Hochschulentwicklung CHE

- 7. Der Masterplan der Landesregierung „Hochschule 2012“ sieht einen Ausbau der Studienplätze im Land um 16.000 vor, beginnend in Tranchen zwischen 2007 und 2012. Schwerpunkt liegt bei den Fachhochschulen und Berufsakademien. Die Zahl könnte reichen, wenn sich die Stu-**

dierquote weiterhin auf dem unteren Niveau der Schwankungsbreite von 75 – 85 % bewegt (der Masterplan geht von 75 % aus). Das kann aber vor dem Hintergrund des demografischen Wandels nicht gewollt sein.

Quellen

Vereinbarung zwischen der CDU, Landesverband Baden-Württemberg und der F.d.P. Landesverband Baden-Württemberg über die Bildung einer Koalitionsvereinbarung für die 14. Legislaturperiode des Landtags von Baden-Württemberg, S. 26

Masterplan Hochschule 2012

Abschlusskonferenz der Regionalen Dialoge am 9. Oktober 2006 (Herausgeber Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg Dezember 2006), S. 19

8. Die Hochschulen sind bereits jetzt an der Grenze der Belastbarkeit. Sie haben bereits jetzt in der Zeit der ohnehin ansteigenden Studierendenzahlen Überlastvereinbarungen getroffen. Im Zeitraum 1997 bis 2006 wurden neben den 1.500 Stellen aus dem Solidarpakt noch zusätzlich 358 Stellen im übrigen Geschäftsbereich abgebaut, und das, obwohl in dieser Zeit die Anzahl der Studienanfänger um 25 % gestiegen ist.

Quellen

Bericht des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zum Staatshaushalt für 2007/2007, S. 17, 18, 88

div. Berichte der Stuttgarter Zeitungen zu Platznot in den Hörsälen, insbes. in der Uni Hohenheim (Übertragungen ins Foyer, stehende Studenten usw.)

9. Mit den Hochschulen wird/wurde ein neuer Solidarpakt vereinbart, demzufolge die 52 Universitäten, Hochschulen und Berufsakademien bis 2014 keine Einsparungen zu gewärtigen haben und die Einnahmen aus den Studiengebühren ohne Kürzung der staatlichen Mittel zur Verbesserung der Lehre einsetzen dürfen/sollen. Deshalb steht sowohl in der Koalitionsvereinbarung als auch im Bericht zum Staatshaushaltsplan, dass die Hochschulen einen spürbaren Eigenbeitrag (z.B. beim Hochschulbau) zu erbringen haben. Aber in diesem Zeitraum haben die Hochschulen mit stark steigenden Studierendenzahlen zu kämpfen !!!

Quellen

Vereinbarung zwischen der CDU, Landesverband Baden-Württemberg und der F.d.P. Landesverband Baden-Württemberg über die Bildung einer Koalitionsvereinbarung für die 14. Legislaturperiode des Landtags von Baden-Württemberg, S. 33

Bericht des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zum Staatshaushalt für 2007/2007, S. 17 + 18

PM der OECD vom 9.9.2008 „Education at a Glance“ Seite 2 „Bildungsausgaben in D sinken gegen den OECD-Trend“

- 10. Die Landesregierung möchte ein Förderprogramm für private Hochschulen einrichten, damit diese weitere Studienplätze schaffen. Dieses Programm ist derzeit nicht erkennbar.**

Quelle

Vereinbarung zwischen der CDU, Landesverband Baden-Württemberg und der F.d.P. Landesverband Baden-Württemberg über die Bildung einer Koalitionsvereinbarung für die 14. Legislaturperiode des Landtags von Baden-Württemberg, S. 32

- 11.* Verdrängungswettbewerb. Wenn die Abiturienten keinen Studienplatz erhalten, werden sie auf den Ausbildungsmarkt drängen. Das wird für alle Schulabgänger Auswirkungen haben, fatale insbesondere für solche mit Hauptschulabschluss. Allerdings machten bisher schon rd. 25 % aller Abiturienten eine Ausbildung.**

* Die Landesregierung verspricht, mit den Kammern eine Vereinbarung treffen zu wollen, dass eine ausreichende Anzahl von Lehrstellen zur Verfügung gestellt wird. Dies ist derzeit noch nicht erkennbar.

* Demgegenüber ist es nach Ansicht von HR-Experten „nicht zielführend, in diesen Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen, ohne die eingestellten Auszubildenden in der strategischen Arbeitskräfteplanung zu berücksichtigen.“ (Deller/ Huber)

* Das Land hat lt. Koalitionsvertrag die Absicht, ein Ausbildungsbündnis 2007-2010 mit der Wirtschaft zu schließen (Schwerpunkt Integration), wodurch die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht und auch Schwache eine Ausbildung erhalten sollen.

Quellen

„Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre“ Artikel von Prof. Dr. J. Deller, Universität Lüneburg und Mathias Huber, Diplomant auf Homepage der Deutschen Gesellschaft für Personalführung

http://www1.dgfp.com/dgfp/data/pages/DGFP_e.V/Produkte_-_Dienstleistungen/Zeitschrift_Personalfuehrung/Jahrgang_2006/Ausgabe_6_06/FB5_6_06.php, zuletzt geprüft am 9.9.08

Vereinbarung zwischen der CDU, Landesverband Baden-Württemberg und der F.d.P. Landesverband Baden-Württemberg über die Bildung einer Koalitionsvereinbarung für die 14. Legislaturperiode des Landtags von Baden-Württemberg, S. 26

Bericht der Landesregierung: Rückblick 2007, Ausblick 2008 vom 15.2.08

(www.stm.baden-wuerttemberg.de/fm7/1899/Lreg_Rueck07_%20Ausblick08_1.pdf)

- 12. Einige Jahre später ergibt sich das Problem der mangelnden Arbeitsplätze für eine doppelte Anzahl von jungen Menschen. Arbeitsplätze auf Vorrat oder aufgrund einer sozialen Gesinnung schafft kein Betrieb. Schon heute haben die jungen Leute einen schwierigen Start ins Berufsleben.**

Quelle

„Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre“ Artikel von Prof. Dr. J. Deller, Universität Lüneburg und Mathias Huber, Diplomant auf Homepage der Deutschen Gesellschaft für Personalführung

http://www1.dgfp.com/dgfp/data/pages/DGFP_e.V/Produkte_-

[_Dienstleistungen/Zeitschrift_Personalfuehrung/Jahrgang_2006/Ausgabe_6_06/FB5_6_06.php](http://www1.dgfp.com/dgfp/data/pages/DGFP_e.V/Produkte_-_Dienstleistungen/Zeitschrift_Personalfuehrung/Jahrgang_2006/Ausgabe_6_06/FB5_6_06.php), zuletzt geprüft am 9.9.08

PM der OECD „Education at a Glance“ vom 9.9.2008, „Übergang ins Berufsleben für junge Leute zunehmend schwierig“ S. 2, Abs. 2

13. Würden tatsächlich alle zusätzlichen Studienplätze geschaffen, wäre dann auch genügend bezahlbarer Wohnraum vorhanden???

In Baden-Württemberg ist die Quote derer, die im Land studieren relativ hoch (rd. 75%), wobei über ¼ noch bei den Eltern wohnt und 14 % in Wohnheimen. Dies hat sicher mit den hohen Mieten im Land zu tun. Unter den 30 teuersten Universitätsstädten bundesweit finden sich 7 (von 9) baden-württembergische Universitäten, Karlsruhe liegt auf Platz 31, nur Ulm ist im Mittelfeld.

Quelle

Sonderauswertung der Arbeitsgemeinschaft der baden-württembergischen Studentenwerke zur 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, durchgeführt von HIS, Hochschul-Informationssystem GmbH, April 2008

14. Die Studentenwerke sind Träger der Studentenwohnheime. Die Mittel für die Studentenwerke sind bis 2010 gedeckelt, obwohl die Studierendenzahlen steigen. Lt. Landeshaushalt werden 6,6 Mio. Euro im Doppelhaushalt 2007/08 als Zuschuss zu Investitionsmaßnahmen gegeben, diese dienen aber zur Sanierung der Mensen und zu einem Teil zur Unterstützung der Werke für „Sicherung des bestehenden Wohnplatzbestandes.“ Der prozentuale Anteil für diese Aufgaben am Staatshaushalt sinkt zumindest seit 2006 von 1,17 % auf 1,08 % - bei steigenden Studierendenzahlen.

Quelle

Studentenwerksgesetz § 12, Abs. 5 Satz 1 vom 15.9.2005 (<http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=StudWG+BW+%C2%A7+12&psml=bsbawueprod.psm1&max=true> , geprüft am 9.9.2008)

Bericht des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zum Staatshaushalt für 2007/2007, S. 29 ff

15. Bundeswehr bzw. Ersatzdienstplätze sind nicht in erforderlicher Anzahl vorhanden, einer Info auf dem Kongress „Doppelte Abiturjahrgänge“ im Oktober 2007 zufolge kann die Bundeswehr nur max. 10 % mehr Wehrpflichtige aufnehmen.

Quelle
Mündlicher Vortrag auf der Fachtagung „Doppelte Abiturjahrgänge“ am 22.10.2007 in Berlin

16. Die Pläne sehen vor, dass die Überkapazitäten im Osten nicht abgebaut werden sollen, sondern auf der Zahl von 2005 gehalten werden müssen, um Geld aus dem Hochschulpakt 2020 zu bekommen. Nur die Differenz soll im Westen geschaffen werden. Die Hochschulen bekommen also nur Geld, wenn nachweislich die Zahl der Studienanfänger gehalten bzw. gesteigert wird. Es besteht die Gefahr des „Herausprüfens“, wenn nicht genügend Lehrende, Seminarplätze, Hörsäle (zusätzlich) geschaffen werden.

Quelle
Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 „Bekanntmachung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über den Hochschulpakt 2020, § 3

17. Es herrscht Autonomie der Hochschulen. Es kann keine Hochschule zum Ausbau der Studienplätze incl. Ausbau der Anzahl der Seminarplätze, Labore, Hochschullehrer, Dozenten usw. gezwungen werden. Zu berücksichtigen ist, dass der Plan „Hochschule 2012“ vorsieht, dass sich die Hochschulen an den Kosten für den Ausbau der Studienplätze zu beteiligen haben.

18. Wenn die Schüler Warteschleifen drehen, bekommen die Eltern kein Kindergeld, müssen sie selbst krankenversichern und für ihren Unterhalt aufkommen. Das ist eine vom Staat verursachte unnötige Belastung, für die der Verursacher aufzukommen hat.

19. Wenn Schüler Warteschleifen drehen, wird die eingesparte Zeit bei G 8 für Viele unnütz vertan.

Einige statistische Zahlen aus dem Bericht der Landesregierung vom 15.2.2008 „Rückblick 2007, Ausblick 2008“

www.stm.baden-wuerttemberg.de/fm7/1899/Lreg_Rueck07_%20Ausblick08_1.pdf

	Land	Bund
Jugendarbeitslosigkeit	4 %	8,5 %
Quote Abgänger ohne Schulabschluss	6,3 %	7,9 %
Quote ausländ. Schulabgänger ohne Abschluss	11,9 %	16,8 %
Studienberechtigtenquote auch fachgeb. Hochschulr.	45,3 %	12,5 %
Anteil der 30-jährigen ohne Berufsausbildung	17,8 %	18 %

9.9.2008
U. Duppel-Breth